



Interviews

Datum: 04.10.2023

Maximilian Pichl, Professor für Soziales Recht an der Hochschule RheinMain, im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: In den Nachrichten, in den journalistischen Beiträgen, auch hier bei uns im Deutschlandfunk geht es gerade sehr viel und sehr oft um das Thema Migration. Viele Politiker, viele Bürger sind davon überzeugt, dass Deutschland da gerade in einer Krise steckt. Es heißt dann immer, es sind zu viele, die kommen, Deutschland kann die nicht alle unterbringen und deshalb muss etwas passieren, und zwar möglichst schnell. Es gibt aber auch Beobachter, die das ganz anders sehen und die sagen, eine Grenze haben wir noch lange nicht erreicht, wir müssen nur das Richtige tun. Mehrere hundert Wissenschaftler haben deshalb in den vergangenen Tagen einen Aufruf für einen sogenannten Menschenrechtspakt unterschrieben. Einer der Mitinitiatoren ist der Jurist Maximilian Pichl. Er lehrt an der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden. – Schönen guten Morgen, Herr Pichl.

Maximilian Pichl: Guten Morgen!

Armbrüster: Herr Pichl, was läuft Ihrer Meinung nach gerade falsch in der öffentlichen Debatte?

Pichl: Wir wollten mit diesem Aufruf zeigen, dass wir nicht einverstanden sind mit einer Debatte, die weitestgehend faktenfrei geführt wird, wo es nicht mehr um eine Orientierung an den Menschenrechten geht, auch an den Menschenrechten der Menschen, die hierherkommen, und viele Politiker*innen gerade versuchen, scharfe Forderungen in die Debatte reinzubringen, um Überschriften zu generieren. Davon wollen wir uns abgrenzen.

Armbrüster: Sie sagen jetzt, die Debatte wird faktenfrei geführt. Sind denn 200.000 oder mehr Menschen, die jedes Jahr ankommen, kein Faktum?

Pichl: Es geht darum, wie man mit Menschen umgeht, die hierherkommen. Europa hat sich einmal darauf geeinigt, dass wir menschenrechtsorientiert mit diesen Menschen umgehen

wollen, dass wir eine gute Unterbringung organisieren, dass wir eigentlich keine Zurückweisungen an den Grenzen vornehmen. Das sind Menschenrechte, auf die wir uns in Europa geeinigt haben, und die werden schon seit Jahren systematisch gebrochen. Und jetzt sehen wir, dass ein neuer Wettlauf um die Entrechtung von Menschen begonnen hat, und dem möchten wir entgegenstehen.

Armbrüster: Viele Menschen sagen, es sind inzwischen zu viele, die kommen, und wir können das nicht mehr garantieren, diese Menschen auch menschengerecht unterzubringen. Vor allem sorgt diese Situation, so heißt es dann, dafür, dass die politischen Ränder in Europa, auch hier bei uns in Deutschland an Einfluss gewinnen, und das sei auch eine Entwicklung, die man so nicht hinnehmen kann.

Pichl: Erstens gäbe es ganz andere Möglichkeiten, um Menschen unterzubringen, dass wir zum Beispiel uns stärker darauf einigen würden, Menschen auch dezentral unterzubringen, dass wir uns darauf einigen könnten, wie es auch bei ukrainischen Geflüchteten bei der Aufnahme gelaufen ist, dass die auch schneller zum Beispiel die Möglichkeit hätten, bei Freunden oder Verwandten unterzukommen. Da könnten wir schon mal für eine Entlastung sorgen. Da gibt es Vorschläge aus der Wissenschaft.

Zu dem Argument, man würde die Rechten stärken mit der derzeitigen Migrationspolitik: Ich glaube, wir stärken die Rechten genau dadurch, dass wir nur über eine Entrechtung von Schutzsuchenden reden, dass populistisch über Migration gesprochen wird und dass auch auf der europäischen Ebene den Rechten wie Georgia Meloni ganz oft auch Zugeständnisse gemacht werden, und dadurch wird das Handlungsfeld der Rechten in Europa erweitert.

Armbrüster: Aber was sagen Sie denn heute Morgen den ganzen Bürgermeistern, den Landräten, die gerade aufschreien und die sagen, wir schaffen das nicht mehr, wir haben nicht mehr genug Platz? Haben wir heute Morgen gehört unter anderem aus Suhl in Thüringen, aber auch aus Hessen. Was sagen Sie denen? Sagen Sie, das stimmt gar nicht, Sie haben genug Platz?

Pichl: Es gibt erstens auch Kommunen in Deutschland und Europa, die durchaus sagen, wir haben Platz, wir sind solidarische Städte, wir würden auch mehr Menschen aufnehmen. Diese Kommunen höre ich in der Debatte selten. Das heißt, die könnte man auch stärken. Und natürlich gibt es Kommunen, die Probleme haben bei der Unterbringung. Wie organisieren wir das? – Deutschland hat in der Vergangenheit (und nicht nur Deutschland, auch Europa insgesamt) darin versagt, ein nachhaltiges, gut aufgerüstetes Aufnahmesystem zu schaffen. Wir bräuchten jetzt eigentlich neben kreativen Lösungen und auch der Möglichkeit, dass Kommunen Flüchtlinge aufnehmen, die bisher sagen, wir können noch aufnehmen, ein

langfristiges Programm, wo Infrastruktur-Maßnahmen in Kommunen aufgenommen werden, wo Investitionen getätigt werden in die öffentliche Infrastruktur. Das würde am Ende allen Menschen zugutekommen.

Armbrüster: Aus den Umfragen oder aus vielen Umfragen wissen wir – damit muss man immer vorsichtig umgehen -, wir wissen zumindest aus vielen Umfragen, dass die Menschen in Deutschland, aber auch in Europa diese aktuelle Entwicklung mit großer Besorgnis wahrnehmen, dass sie daran etwas ändern möchten und dass sie die Flüchtlingszahlen drücken möchten. Muss man dann nicht sagen - Sie haben auf die europäische Rechtsprechung angesprochen -, wir müssen etwas an der Rechtsprechung, an unseren Gesetzen ändern, um die Zahlen von Flüchtlingen zu drücken? Ist das nicht legitim, so etwas zu sagen, das Rechtssystem den Fakten anzupassen.

Pichl: Ich glaube, jetzt kommen wir in eine recht gefährliche Debatte, weil die Rechtsprechung, über die Sie reden, basiert ja auf Menschenrechten der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Genfer Flüchtlingskonvention, dem Europarecht, auf das wir uns einmal geeinigt haben, und es ist ja gerade Usus von rechten Parteien in Europa, genau das anzugreifen. Das sind Grundlagen, die aus der Erfahrung resultieren, wie in Europa im Zweiten Weltkrieg Menschen vertrieben worden sind, ermordet worden sind, entrechtet worden sind, und da hat insbesondere die Bundesrepublik Deutschland eine ganz große historische Verantwortung, dass diese Grundlagen auch verteidigt werden, und ich glaube, deswegen sollten wir jetzt nicht aufgrund von Meinungsumfragen solche Grundlagen, die zivilisatorische Errungenschaften sind, für solche Debatten opfern.

Armbrüster: Meinen Sie, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes so eine Entwicklung wie heute hier bei uns im Kopf hatten?

Pichl: Tatsächlich gab es sogar wirklich Debatten innerhalb des Parlamentarischen Rates, soll man nicht das Asylgrundrecht beispielsweise beschränken, soll man Möglichkeiten schaffen, Menschen an der Grenze abzuweisen, und tatsächlich gab es damals schon in den 40er-Jahren Stimmen, die gesagt haben, nein, genau das nicht, das individuelle Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze.

Wir reden heute in Europa gar nicht über dieses deutsche Asylgrundrecht, sondern wir reden über die Europäische Menschenrechtskonvention, über die Europäische Grundrechtecharta. Die rechten Parteien in Europa haben mittlerweile ein Projekt, dass sie sagen, wir wollen gar nicht aus der Europäischen Union austreten, wir wollen unsere Politik in Europa gestalten, wir wollen die Institutionen verändern zu unserem Gusto, und wir sollten nicht der Illusion aufliegen, dass die bei der Migrationsfrage dann stehenbleiben, sondern es werden auch

ganz viele andere Grundlagen des Zusammenlebens in Europa angegriffen, der gesellschaftliche Zusammenhalt und auch Projekte, die jetzt zum Beispiel im Klimaschutzbereich laufen. Diese Politik trifft am Ende auch alle.

Armbrüster: Fairerweise, Herr Pichl, müssen Sie jetzt allerdings sagen, dass diese Forderungen nicht nur von rechten, von extrem rechten Parteien vertreten werden. Auch die Ampel-Koalition macht sich in Brüssel stark für eine Änderung der europäischen Gesetzgebung in diesem Fall.

Pichl: Wir haben ganz ausdrücklich in dem Aufruf auch kritisiert, dass die Bundesregierung an einem Entrechtungsprogramm auch mitwirkt, man müsste auf der europäischen Ebene sich dafür einsetzen, dass Pushbacks beendet werden, man müsste sich dafür einsetzen, dass sich die europäischen Regierungen endlich daran orientieren, wie Schutzsuchende menschenrechtlich aufgenommen werden, und das Gegenteil passiert. Diese Reform, unabhängig von der menschenrechtlichen Einschätzung, ist sowieso total untauglich, weil sie ganz viel verrechtlicht von Maßnahmen, die bereits jetzt schon zum Beispiel in Griechenland durchgezogen werden. Da sagen ganz viele Migrationsforscher, diese Reform liefert keine Antwort auf irgendeine Frage, die wir gerade diskutieren.

Armbrüster: Herr Pichl, unterschrieben ist Ihr Aufruf vor allem von Hochschullehrern und Lehrerinnen, Professorinnen und Professoren und vielen Gelehrten aus Hochschulen und Universitäten. Da denken jetzt viele, das sind alles Leute, die bestimmt wenig Ahnung davon haben, wie es möglicherweise in einer Kleinstadt aussieht, irgendwo in Brandenburg oder in Thüringen. Hat Ihr Aufruf etwas Elitäres?

Pichl: Nein. Wir haben ganz klar erst mal gesagt, wir machen einen wissenschaftlichen Aufruf, und auch ganz viele der Wissenschaftler*innen, die da unterzeichnet haben, sind aus der Asyl- und Migrationsforschung und Fluchtforschung. Die haben in den letzten Jahren auch ganz nah on the ground Forschung betrieben, haben sich die Situation in Kommunen angeguckt, haben mit Leuten vor Ort geredet, haben da Interviews geführt. Das ist nichts Elitäres und wir haben jetzt auch diesen Aufruf gerade geöffnet, dass auch Nichtwissenschaftler*innen den Aufruf unterschreiben können, und da sind wir jetzt knapp bei fast weiteren tausend Unterstützer*innen und da sind auch ganz viele Personen darunter, die auch vor Ort in zivilgesellschaftlichen Bündnissen unterwegs sind und die auch wissen, wie die Situation vor Ort ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.